

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

27. Jahrgang

Berlin, den 22. Juli 1960

Nummer 30/31

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahresmitte 1960

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin
Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv
Hamburg
Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Die Lage der Weltwirtschaft

Nach einem Jahr allgemeiner Hochkonjunktur zeichnen sich in der Wirtschaft der westlichen Welt divergierende Entwicklungen ab. In den Vereinigten Staaten haben sich kontraktive Kräfte durchgesetzt, die inzwischen fast zum Stillstand des Wirtschaftswachstums geführt haben. Westeuropa steht dagegen nach wie vor im Zeichen einer starken, wenn auch verlangsamten Expansion. Unter dem Einfluß dieser Entwicklungen beginnt das bisher rasche Wachstum des Welt-handels langsamer zu werden. Zugleich sind die Rohstoffpreise erneut unter leichten Druck geraten.

Abflauende Konjunktur in den USA

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich im Verlauf der ersten Jahreshälfte das zu Beginn des Jahres noch kräftige Wirtschaftswachstum stark abgeschwächt. Das Sozialprodukt dürfte im zweiten Quartal im Vergleich zu den ersten Monaten dieses Jahres nur noch geringfügig gewachsen sein. Nach einer schnellen Wiederauffüllung der — unter dem Einfluß des Stahlarbeiterstreiks — erschöpften Läger zu Beginn des Jahres, wurde der Lageraufbau in den folgenden Monaten vermindert und machte in Teilbereichen, so z. B. in den stahlverarbeitenden Industrien, bereits wieder einem Lagerabbau Platz. Von den übrigen Komponenten der Nachfrage gingen insgesamt jedoch noch leichte Auftriebskräfte aus, die die kontraktiv wirkenden Lagerdispositionen geringfügig überkompensierten. Für den Rest des Jahres kann — wenn überhaupt — nur noch mit einer geringen Zunahme

des Sozialprodukts gerechnet werden, zumal das Wachstum der Anlageinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft in den nächsten Monaten fast zum Stillstand kommen und damit ein wichtiger, das bisherige Konjunkturbild bestimmender Impuls fortfallen wird.

Das Wachstum der privaten Anlageinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft, das im ersten Halbjahr 1960 vierteljährlich je etwa 5 vH betrug, dürfte, den vorliegenden Umfragen nach zu urteilen, in der zweiten Hälfte des Jahres auf vierteljährlich etwa 1 vH zurückgehen. Der nur zögernde Auftragseingang in der Investitionsgüterindustrie läßt allerdings Zweifel aufkommen, ob die Investitionen die gegenwärtigen Schätzungen überhaupt erreichen werden.

Der Rückgang der Wohnbautätigkeit, der schon Mitte 1959 begonnen hatte, setzte sich in der ersten Jahreshälfte 1960 fort. Zu dieser Abschwächung hatten die Kreditverknappung und Kreditverteuerung wesentlich beigetragen. Die nach der Aufgabe der restriktiven Kreditpolitik durch das Federal Reserve Board sich anbahnende Entspannung am Kapitalmarkt dürfte den Wohnungsbau wieder anregen, weil auch die Bedingungen, zu denen Bundesgarantien für Hypothekarkredite gewährt werden, günstiger geworden sind. Es ist jedoch fraglich, ob sich die Erleichterungen bei der Beschaffung von Hypotheken schon im zweiten Halbjahr in einer Belebung des Wohnungsbaus auswirken werden, zumal da bisher noch keine neuen öffentlichen Mittel für Hypothekarkredite bereitgestellt worden sind.

Im Bereich der öffentlichen Haushalte ist weiterhin mit einem leicht steigenden Ausgaben-

trend zu rechnen, vornehmlich bei den Staaten und Gemeinden. Selbst wenn dazu auch noch eine gewisse Erhöhung der Bundesausgaben für Zwecke der Landesverteidigung treten sollte, so dürfte dennoch nur eine begrenzte expansive Wirkung von der Haushaltsgebarung der Öffentlichen Hand ausgehen.

Die Ausgaben für den privaten Verbrauch sind seit Beendigung des Stahlstreiks stetig gewachsen; dabei entsprach die Verbrauchssteigerung etwa der Wachstumsrate der persönlichen Einkommen. Die zusätzliche Nachfrage erstreckte sich überwiegend auf Dienstleistungen und nichtdauerhafte Verbrauchsgüter, während sie den dauerhaften Konsumgütern nur in geringem Maße zugute kam. Anzeichen für einen Rückgang der Sparneigung liegen nicht vor. Unter diesen Umständen ist vom privaten Verbrauch keine Anregung des wirtschaftlichen Wachstums zu erwarten.

Im Verlauf des ersten Halbjahres 1960 hat das Federal Reserve Board die bis dahin verfolgte restriktive Kreditpolitik aufgegeben. Der Diskontsatz wurde auf 3½ % gesenkt, gleichzeitige Offen-Marktoperationen führten zu einer gewissen Verflüssigung des Geldmarktes. Es kann jedoch noch kaum davon gesprochen werden, daß die Zentralbank in ihrer Kreditpolitik einen ausgesprochen expansiven Kurs verfolgt. Immerhin hatte die bisherige Verflüssigung bereits eine beachtliche Senkung der kurzfristigen Zinssätze zur Folge; auf dem Kapitalmarkt hat dagegen das Zinsniveau bisher noch kaum nachgegeben. Ein allmähliches Übergreifen der Zinssenkungstendenzen auf den Kapitalmarkt ist jedoch wahrscheinlich, da der Bedarf der Unternehmungen an Fremdmitteln in den nächsten Monaten nur begrenzt sein dürfte und das Schatzamt bei ausgeglichenem Bundeshaushalt im Fiskaljahr 1960/61 den Kapitalmarkt nur zum Ausgleich der Saisonschwankungen von Bundeseinnahmen und -ausgaben und für Konversionsoperationen wird in Anspruch nehmen müssen.

Die Zahl der Beschäftigten in den Vereinigten Staaten hat weiter zugenommen; dennoch übersteigt die Arbeitslosenquote zur Zeit wieder 5 vH. Diese Arbeitskraftreserve in Verbindung mit den ungenutzten Kapazitäten der Wirtschaft gibt Raum für eine expansive Wirtschaftspolitik, die um so notwendiger erscheint, als die bisher wirksamen Wachstumsimpulse erlahmen. Einer auf Expansion ausgerichteten Wirtschaftspolitik stehen auch von der Lohn- und Preisentwicklung, die äußerst ruhig verlaufen ist, keine Bedenken entgegen. Dabei mag es dahingestellt bleiben, ob es überhaupt möglich ist, durch einen Wachstumsverzicht, der gleichzeitig Verzicht auf sonst mögliche Produktivitätssteigerungen bedeutet, Preisstabilität zu erreichen.

Die amerikanische Zahlungsbilanz zeigte in der ersten Hälfte des Jahres 1960 eine Verbesserung, die auch in den kommenden Monaten anhalten dürfte. Diese Verbesserung spiegelt den erhöhten Einfuhrbedarf der kräftig expandierenden Industrieländer Europas und Japans wider, der unter anderem zu erhöhten Maschinenexporten führte. Bei leicht rückläufiger Einfuhr der Vereinigten Staaten ist die Tendenz zu steigenden Fertigwarenimporten, die schon seit einigen Jahren zu

beobachten ist, vorerst noch weiter wirksam. Wenn sich auch der Passiv-Saldo der amerikanischen Zahlungsbilanz 1960 gegenüber dem Vorjahr nicht unbeträchtlich verringern wird, so wird er doch immer ein beträchtliches Ausmaß erreichen.

Wachstum in Westeuropa differenziert sich

In Westeuropa hat sich das bisher außerordentlich starke Wachstum des Güterangebots etwas verlangsamt, was an der Entwicklung der industriellen Produktion deutlich erkennbar wird. So verminderte sich in den letzten Monaten das Wachstum der industriellen Produktion im Vereinigten Königreich, in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, Belgien und Schweden, während es in Italien, in den Niederlanden und in Österreich noch zunahm. Diese Verlangsamung war zum Teil durch unzureichende Nachfrage bedingt. In den meisten Ländern konnten allerdings die bisherigen hohen Zuwachsraten wegen der weitgehenden Ausschöpfung des Arbeitspotentials nicht gehalten werden. Es bedarf indessen besonderer Betonung, daß das hohe Niveau der industriellen Anlageinvestitionen laufend die Voraussetzungen für weitere erhebliche Produktivitätsfortschritte schafft.

Die hohe wirtschaftliche Aktivität in Westeuropa spiegelt sich bei fast allen Ländern in einem starken Wachstum der Einfuhren wider, das sich bisher kaum abgeschwächt hat. Die unzureichende Nachfrageentwicklung in verschiedenen außereuropäischen Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten, und die dort vorhandenen reichlichen Produktionsmöglichkeiten würden es erlauben, durch noch weiter erhöhte Einfuhren das Güterangebot in den westeuropäischen Ländern auszuweiten. Dies wird allerdings durch erhebliche institutionelle Hindernisse und teilweise auch durch die derzeitigen Preis- und Wechselkursrelationen und unzureichende Währungsreserven erschwert.

Die stärksten Antriebskräfte gehen in Westeuropa nach wie vor von den privaten Anlageinvestitionen aus, während sich das Gewicht der anderen Nachfragefaktoren von Land zu Land mehr und mehr differenziert hat. Bei den im bisherigen Verlauf dieses Jahres durchgeführten Investitionen liegen die Zuwachsraten — auf Jahresbasis umgerechnet — vielfach noch über den für das ganze Jahr 1960 veranschlagten Zuwachsraten. An dieser starken Zunahme der Investitionen waren die einzelnen Bereiche in unterschiedlichem Maße beteiligt. Überdurchschnittliche Zuwachsraten bei den privaten Anlageinvestitionen ergaben sich im Vereinigten Königreich und in Österreich. Bei den öffentlichen Investitionen war in Italien ein besonders starker Zuwachs zu verzeichnen. Im Vereinigten Königreich liegen die öffentlichen Investitionen bisher noch über den ursprünglichen Ansätzen, doch hat sich ihr Wachstum in letzter Zeit verlangsamt. Der Wohnungsbau hat in den meisten Ländern bisher noch zugenommen. In einer Reihe von westeuropäischen Ländern setzte sich in den letzten Monaten der Lageraufbau fort. Die hohen Zuwachsraten der Einfuhr an Rohstoffen und Halbwaren dürften hiermit in Zusammenhang stehen.

Bei den industriellen Anlageinvestitionen muß auf Grund der bisher bekannten Planungen mit einem weiteren kräftigen Wachstum gerechnet werden. Bei den Wohnbauinvestitionen scheint sich hingegen nunmehr in verschiedenen Ländern infolge der Anhebung des Zinsniveaus und einer größeren Zurückhaltung der Öffentlichen Hand bei der Finanzierung und Auftragserteilung ein Rückgang anzubahnen. Auch ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß das Wachstum der Lagerinvestitionen im bisherigen Umfang anhalten wird.

Die Zunahme der Ausgaben der Öffentlichen Hand hielt sich im ersten Halbjahr 1960 in den meisten westeuropäischen Ländern etwa im Rahmen des allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums, was nicht der immer wieder erhobenen Forderung nach einer antizyklischen Finanzpolitik entsprach. Allerdings dürfte die starke Zunahme der öffentlichen Ausgaben in Frankreich mit den konjunkturpolitischen Notwendigkeiten in Einklang stehen. Auch in Österreich gelang es der Öffentlichen Hand, ihre Investitionsausgaben antizyklisch zu gestalten. In den anderen Ländern dürfte sich in der Finanzpolitik wegen ihrer mangelhaften Flexibilität und des großen „time lag“ zwischen Planung und technischer Durchführung finanzpolitischer Maßnahmen in den nächsten Monaten kaum ein grundsätzlicher Wandel ergeben.

Der private Verbrauch nahm in den letzten Monaten in den westeuropäischen Ländern weiter zu, blieb aber nach wie vor hinter dem allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum zurück. Hier von stark abweichend war die Entwicklung bei den dauerhaften Konsumgütern, doch scheint sich bei ihnen in jüngster Zeit in verschiedenen Ländern (Großbritannien) eine Abschwächung des Verbrauchswachstums anzubahnen. Die bisher noch relativ langsame Zunahme des privaten Verbrauchs erklärt sich aus der Entwicklung der Masseneinkommen. Für die nächsten Monate muß mit erheblichen Lohnauseinandersetzungen und einer beträchtlichen Anhebung der Lohnsätze gerechnet werden. Die daraus resultierende Zunahme der Masseneinkommen dürfte bei annähernd gleichbleibender Sparquote in den meisten Ländern zu einer nicht unbeträchtlichen Steigerung des privaten Verbrauchs führen.

In Großbritannien, wo vom privaten Verbrauch dauerhafter Güter bis in die letzte Zeit hinein stärkere Auftriebskräfte ausgingen, sah sich die Regierung in Anbetracht der gestiegenen privaten Investitionsneigung genötigt, zur Verhinderung von Zahlungsbilanzspannungen die Konsumfinanzierung zu erschweren. Auch in anderen Ländern, beispielsweise in Schweden, wurden aus ähnlichen Gründen verbrauchseinschränkende Maßnahmen ergriffen. Die davon ausgehenden dämpfenden Wirkungen dürften indessen durch die abzu-sehende Steigerung der Masseneinkommen mindestens teilweise kompensiert werden. Auf Grund der zu erwartenden beträchtlichen Anhebung der Lohnsätze ist in Frankreich eine baldige Überwindung der sich gegenwärtig andeutenden Stagnationstendenzen nicht unwahrscheinlich.

Das Wachstum des Exports der westeuropäischen Industrieländer hält weiter an, wenn es sich auch von Land zu Land stärker differenziert hat.

Entsprechend der anhaltenden Investitionskonjunktur in Westeuropa spielen die Investitionsgüter im Rahmen des westeuropäischen Exports nach wie vor die Hauptrolle. Der innereuropäische Gütertausch hat sich weiter intensiviert, während die Ausfuhr nach Nordamerika an Gewicht verloren hat. Ein angesichts der dortigen konjunkturellen Entwicklung eventuell zu erwartender Rückgang der Nachfrage nach westeuropäischen Exportgütern dürfte sich vorerst kaum in der Entwicklung des westeuropäischen Exports auswirken, da die Industrie in Westeuropa über hohe Bestände an unerledigten Exportaufträgen verfügt und sich auf ihren anderen Exportmärkten nach wie vor einer intensiven Nachfrage erfreut.

In den letzten Monaten ergaben sich in einer Reihe von Ländern leichte Preissteigerungen. Diese waren allerdings kaum durch Übersteigerungen der Nachfrage, sondern vor allem durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und andere exogene Faktoren bedingt. Die Steigerung der Lebenshaltungskostenindizes war großenteils auf Mieterhöhungen, Abschaffung von Subventionen und steuerliche Maßnahmen zurückzuführen. Die für das zweite Halbjahr 1960 zu erwartende Zunahme der Masseneinkommen dürfte zwar zu einer nicht unerheblichen Erhöhung der monetären Nachfrage beitragen, jedoch angesichts der insbesondere im Verbrauchsgüterbereich immer noch vorhandenen Angebotselastizität kaum zu einer Änderung der gegenwärtigen Preistendenzen führen.

Wachstum des Welthandels beginnt sich zu verlangsamen

Im ersten Vierteljahr 1960 hat der Welthandel konjunkturell kräftig zugenommen. Die Umsätze lagen um etwa 20 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand. In den letzten Monaten sind nach den bisher vorliegenden Unterlagen die Umsätze etwas langsamer gewachsen. — Die Ausdehnung des Welthandels wurde in erster Linie angeregt durch den steigenden Einfuhrbedarf der westeuropäischen Industrieländer und Japans. Besonders stark war die Mehrnachfrage der Industrieländer nach Halbwaren und Fertigerzeugnissen; der Warenaustausch dieser Länder untereinander wurde weiter intensiviert. Im Vergleich dazu hat die Rohstoffeinfuhr der Industrieländer merklich schwächer zugenommen, etwa im Ausmaß der steigenden Industrieproduktion und einer gewissen Lageranreicherung. Ein Teil des gestiegenen Rohstoffeinfuhrbedarfs kam den USA zugute, die ihre Rohstoffausfuhr besonders stark erhöhen konnten.

Rohstoffpreise gaben wieder leicht nach

Während die Preise der industriellen Rohstoffe bis zur Jahreswende angestiegen waren, hat sich danach eine erneute Abschwächung durchgesetzt, vor allem weil die Rohstoffnachfrage der USA schon seit Beginn dieses Jahres nicht mehr gewachsen ist. Auf den Nahrungsmittelmärkten waren die Auswirkungen der Dürre in Teilen Westeuropas geringer als erwartet; die seit Jahren bestehenden Überschüsse bestimmten wieder die Preisentwicklung und haben den Druck auf einigen Märkten noch verstärkt. Dies gilt in besonderem Maße auch für die Genußmittelmärkte.

Die Entwicklung auf den Weltmärkten der Industrierohstoffe wird in den nächsten Monaten durch die nahezu stagnierende Rohstoffnachfrage der USA und die voraussichtlich langsamer steigende Nachfrage Europas maßgeblich beeinflusst werden. Da die Angebotselastizität anhaltend groß ist, muß demnach mit einer weiteren Verschlechterung des „Preisklimas“ zuungunsten der Rohstoffländer gerechnet werden. — Ein möglicher Unruhefaktor bleiben nicht voraussehbare stoßweise Käufe und Verkäufe der Ostblockstaaten.

Lage der Rohstoffländer weiter verbessert

Wenn auch die Ausfuhr der Rohstoffländer nicht so stark gestiegen ist wie die der Industrieländer, so hat sich ihre wirtschaftliche Lage unter dem Einfluß der erhöhten Nachfrage der Industrieländer nach Rohstoffen und Nahrungsmitteln doch spürbar gebessert. Allerdings ergeben sich je nach den in der Ausfuhr vorherrschenden Produkten beträchtliche Unterschiede. Die Exportländer industrieller Rohstoffe weisen im allgemeinen eine erheblich günstigere Entwicklung auf als die Erzeuger von Nahrungsmitteln und vor allem die von Genußmitteln.

Die Devisenbestände der Rohstoffländer insgesamt haben sich — bei großen Unterschieden von Land zu Land — nur unbedeutend erhöht. In den letzten Monaten begann die bisher hinter der Ausfuhrzunahme zurückgebliebene Einfuhr nachzuziehen. Da somit der Einfuhrüberschuß der Rohstoffländer wieder wachsende Tendenz zeigt und die Relation der Preise ihrer Ausfuhrprodukte zu denen ihrer Einfuhrerzeugnisse sich voraussichtlich eher zu ihren Ungunsten als zu ihren Gunsten ändern wird, ist kaum noch zu erwarten, daß sich ihre Handelsbilanzen verbessern und dadurch ihre Zahlungsbilanzen entlastet werden.

Das internationale Konjunkturgeschehen ist also heute gekennzeichnet durch brachliegende Produktivkräfte in den USA und in zahlreichen Rohstoffländern einerseits und gewisse einer Hochkonjunktur immanente Spannungen in wichtigen europäischen Ländern andererseits. Die Nutzbarmachung der vorhandenen Produktivkräfte im weltwirtschaftlichen Rahmen wird trotz weitgehender Liberalisierung der internationalen Waren- und Kapitalströme in den vergangenen Jahren noch durch institutionelle Hindernisse handels- und währungspolitischer Art erschwert.

Die als Reaktion auf die binnenwirtschaftlichen Entwicklungen in den einzelnen Ländern in letzter Zeit getroffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen beschwören zudem die Gefahr unerwünschter Geldbewegungen herauf. Vor allem aber ist ein Verzicht auf an sich mögliches wirtschaftliches Wachstum nicht vereinbar mit einer Politik, die den Entwicklungsländern nicht nur durch Kapitalhilfe, sondern auch durch steigende Nachfrage nach ihren Produkten helfen will.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Obwohl die Nachfrage, vor allem in den Bereichen der Investition, auf weitere Expansion hindrängt, hat sich seit Beginn des Jahres der konjunkturelle Anstieg der Produktion in großen Teilen der Wirtschaft verlangsamt. Dem scheint

zu widersprechen, daß das reale Bruttosozialprodukt konjunkturell vom 2. Halbjahr 1959 zum 1. Halbjahr 1960 um nicht weniger als 3 vH, auf Jahresbasis umgerechnet also um 6 vH, zugenommen hat. Dafür war jedoch in erheblichem Maße bestimmend, daß die Ausnutzung der im Winterbau liegenden Produktionsreserven, die durch öffentliche Maßnahmen gefördert wurde, zu einem ungewöhnlich hohen Niveau der Produktion im ersten Vierteljahr geführt hatte.

Entscheidend für die Verlangsamung im realen Wachstum ist die Arbeitsmarktsituation. Zwar war das Angebot an Arbeitskräften im bisherigen Verlauf des konjunkturellen Aufstiegs verhältnismäßig elastisch. Eine auch nur annähernd so starke Steigerung der Zahl der Beschäftigten ist in Zukunft aber nicht mehr möglich, selbst wenn es gelänge, erheblich mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland zu gewinnen als bisher. So muß damit rechnet werden, daß sich das konjunkturelle Wachstum der Zahl der Beschäftigten beträchtlich vermindert. Es kommt hinzu, daß die Tendenzen zur Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit weiter anhalten und damit die Wirkung von Überstundenarbeit auf das Arbeitsvolumen so gut wie ganz ausgleichen.

Deutlich läßt sich ferner erkennen, daß die Steigerung der Produktivität, die bisher in starkem Maße zur Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion beigetragen hat, in ihrem Tempo vorerst nachläßt. In der Hauptsache äußert sich hierin die Tatsache, daß die vorhandenen Produktionskapazitäten nun weitgehend ausgelastet sind. Die Produktivität wird somit nur noch in dem Maße zunehmen, wie echte Rationalisierungen zum Zuge kommen und sich „Strukturerfekte“ in der Beschäftigung dahingehend auswirken, daß die Arbeitskräfte nach Bereichen höherer Produktivität (und damit höherer Löhne sowie besserer Arbeitsbedingungen) abwandern.

Je mehr die zur Produktionsreife heranwachsenden Erweiterungsinvestitionen auf ein Minimum an zusätzlichen Arbeitskräften hin angelegt sind, desto günstiger beeinflussen sie die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

Da auch die Fertigwarenlager der Industrie weitgehend abgebaut sind, bliebe als weiterer Faktor für die Elastizität des Angebots die Einfuhr. Sie ist in den letzten Monaten zwar in raschem Tempo gestiegen und hat dabei in gewissem Umfang zur Entlastung der Märkte beigetragen. Mit einer ins Gewicht fallenden zusätzlichen Verstärkung des Angebots von dieser Seite her ist aber bei den gegenwärtigen zoll-, agrar- und währungspolitischen Voraussetzungen nicht zu rechnen.

Keine Entspannung auf den Investitionsgütermärkten

Das Wachstum der Gesamtnachfrage wurde im ersten Halbjahr wie bisher in hohem Maße durch die starke Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft und der Öffentlichen Hand bestimmt. Die Ausgaben für Bauten und Ausrüstungen stiegen binnen Jahresfrist insgesamt um 17 vH, so daß sich ihr Anteil an der Summe der verwendeten Güter und Dienste erhöht hat.

Bau- und Ausrüstungsinvestitionen expandierten nominal in etwa gleichem Ausmaß; die realen

Wachstumsraten wiesen dagegen wegen der beträchtlichen Preissteigerungen im Bausektor Unterschiede auf.

Hinter den konjunkturell steigenden Aufwendungen für Ausrüstungsinvestitionen steht vor allem das Bestreben der Unternehmungen, dem spürbaren Mangel an Arbeitskräften und der damit verbundenen Begrenzung der Lieferfähigkeit durch noch stärkeren Einsatz von maschinellen Anlagen zu begegnen. Daß sie damit zugleich durch Nutzung des technischen Fortschritts dem Einfluß der tendenziellen Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit auf die Gesamtkosten zu entgehen suchen, liegt auf der Hand.

Die Bestände an Inlandsaufträgen bei den Investitionsgüterindustrien steigen trotz des jetzt konjunkturell nachlassenden Wachstums der Auftragsgänge noch weiter an, da die eingehenden Bestellungen wie seit langem größer sind als der jeweilige Absatz.

Für die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen werden auch in den kommenden Monaten allein die Liefermöglichkeiten bestimmend sein. Die Inlanderzeugung von Investitionsgütern wird zwar weiter kräftig steigen und das gesamte Inlandsangebot durch rasch wachsende Einfuhren erweitert. Andererseits werden die inländischen Investitionsgüterindustrien in stark steigendem Maße vom Ausland in Anspruch genommen.

Die schon seit Mitte vergangenen Jahres bestehenden Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage auf den Investitionsgütermärkten haben bis in das Frühjahr hinein kaum zu Preisreaktionen bei den Erzeugern geführt. Seitdem werden die Erhöhungen der Lohnsätze zum Anlaß genommen, die Preise für bestimmte Investitionsgüter — allerdings bisher in geringfügigem Umfang — heraufzusetzen. Wegen der sehr hohen Produktivitätsfortschritte sind die Stückkosten indes im allgemeinen nicht gestiegen. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Marktconstellation im zweiten Halbjahr die Neigung zu einer weiteren Anhebung der Preise fördern wird.

Die Preise für Bauleistungen haben sich als Folge der auf dem Baumarkt herrschenden Anspannung bis in die jüngste Zeit hinein kräftig erhöht. Obwohl die damit verbundene Steigerung der Erlöse die Bauwirtschaft in die Lage versetzt hat, ihre technische Kapazität beträchtlich auszuweiten, und überdies durch die Winterbau-Förderungsmaßnahmen zusätzliche Produktionsmöglichkeiten erschlossen wurden, waren bisher noch keine Anzeichen einer Entspannung festzustellen.

Obwohl sich die Steigerung des Produktionsergebnisses je Arbeitsstunde auch im zweiten Halbjahr beschleunigen wird, wird die Bauproduktion weniger wachsen als bisher, weil die Zahl der in der Bauwirtschaft Beschäftigten zurückgeht.

Eine in diesem Jahr noch wirksam werdende merkliche Abschwächung der in den Bauplanungen zum Ausdruck kommenden Nachfrage ist nicht zu erkennen. Die Genehmigungen, gemessen an der Summe der reinen Baukosten, weisen zwar in den letzten Monaten ein merklich vermindertes Wachstum auf. Eine Entspannung am Baumarkt ist daraus aber allenfalls für das nächste Jahr zu erwarten.

Zu der Übernachfrage nach Hochbauleistungen hat die Öffentliche Hand wesentlich beigetragen. Im Tiefbausektor, insbesondere im maschinenintensiven Straßenbau, war die Entwicklung von Angebot und Nachfrage dagegen ausgeglichener.

Die starke Expansion der Nachfrage hat in den letzten Monaten dazu geführt, daß sich die Fertigwarenbestände in der Industrie, soweit dies überhaupt noch möglich war, weiter vermindert haben. Obwohl die Rohstoffeinfuhren auch im ersten Halbjahr 1960 konjunkturell etwas rascher gestiegen sind als die industrielle Produktion, wird man allein hieraus nicht auf eine verstärkte Anreicherung der Rohstofflager schließen können. Insgesamt hielt sie sich vermutlich im Rahmen der Produktionszunahme.

Der bereits gegen Ende des vergangenen Jahres einsetzende Abbau der Haldenbestände an Steinkohle und Koks hat sich verstärkt fortgesetzt.

War die Endnachfrage schon im ersten Halbjahr 1960 im großen und ganzen auf das aus Produktion und Einfuhr kommende Angebot angewiesen, so wird dies in der Folgezeit in noch stärkerem Maße der Fall sein. Lediglich das Angebot von Verbrauchsgütern kann noch durch Verkäufe aus Lagerbeständen vergrößert werden. Der Einzelhandel bezeichnet seine gegenwärtigen Lagerbestände zwar als normal, berücksichtigt dabei aber offenbar die in den nächsten Monaten zu erwartende starke Ausweitung seiner Umsätze.

Die hohe gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit führte bei verringerter Sparneigung zu einer beträchtlichen Erweiterung der Selbstfinanzierung. Infolgedessen hat sich der Eigenfinanzierungsanteil an der gesamten volkswirtschaftlichen Vermögensbildung (Bruttoanlageinvestitionen, Lagerbildung, Außenbeitrag) seit dem vergangenen Jahr kräftig erhöht.

Beschleunigtes Wachstum von Einkommen und Verbrauch

In der ersten Jahreshälfte hat sich das Wachstum des privaten Verbrauchs beschleunigt. An dieser Entwicklung waren neben dem Einzelhandel das Handwerk, der Verkehr und die Dienstleistungen nahezu gleichmäßig beteiligt. Im Einzelhandel nahm neuerdings besonders der Absatz von Textilien und Hausrat zu.

Voraussetzung der konjunkturellen Expansion des privaten Verbrauchs war einmal die rasche Zunahme des verfügbaren Einkommens, zum anderen die Tatsache, daß die Spartätigkeit der privaten Haushalte sich nicht mehr weiter erhöhte, die Sparquote also zurückging.

Innerhalb der verfügbaren Einkommen sind im bisherigen Verlauf des Jahres die privaten Entnahmen der Selbständigen überdurchschnittlich gestiegen, eine Entwicklung, die mit darauf zurückzuführen ist, daß sich die Gewinnsituation der Unternehmen verbessert und die Steuerbelastung der Selbständigeneinkommen vermindert hat. Die Arbeitseinkommen sind ebenfalls beschleunigt gewachsen, wenn auch nicht so kräftig wie die Gewinne. Da zudem ihre Steuerbelastung, die infolge der Senkung der Steuertarife von 1958 im Jahre 1959 geringer geworden war, wieder stieg, sind die Nettoeinkommen aus Lohn und Gehalt langsamer gewachsen als die

Bruttoeinkommen. Immerhin nahm die Summe der Nettolöhne und -gehälter um etwa 8 vH und damit mehr zu als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres. Bei den Sozialeinkommen war die Erhöhung geringer. Zwar sind auch in diesem Jahr die Sozialversicherungsrenten heraufgesetzt worden, andererseits haben sich die Kriegsfolgeleistungen aber nicht weiter erhöht. Die Arbeitslosenunterstützungen sind sogar, vor allem infolge der anhaltend hohen Beschäftigung im Baugewerbe, beträchtlich zurückgegangen.

Die kräftige Ausweitung der Arbeitseinkommen in der ersten Jahreshälfte erklärt sich vor allem aus der unerwartet hohen Steigerung der Beschäftigtenzahl (Winterbau). Das Wachstum des Arbeitseinkommens wurde von der Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr zusätzlich verlangsamt. Die Tendenz zur beschleunigten Zunahme der Lohn- und Gehaltssätze, die sich bereits in der zweiten Hälfte von 1959 angebahnt hatte, setzte sich im Verlauf dieses Jahres verstärkt durch.

Für die zweite Jahreshälfte wird man mit einem noch stärkeren Wachstum der Lohn- und Gehaltssätze rechnen müssen. Hierauf deuten die in jüngster Zeit abgeschlossenen Lohn- und Gehaltstarife hin. Dem steht allerdings gegenüber, daß das Arbeitsvolumen nur noch wenig ausgeweitet werden kann.

Unter den genannten Umständen wird das Netto-Arbeitseinkommen langsamer wachsen als in der ersten Hälfte des laufenden Jahres, zumal sich die Lohnsteuerabzüge auch künftig noch dämpfend auf das Wachstum auswirken werden. Andererseits wird sich der Anstieg der Sozialeinkommen, vor allem durch die beträchtliche Aufbesserung der Kriegsofferrenten, erheblich beschleunigen. Die Entnahmen der Selbständigen dürften weiterhin unvermindert rasch zunehmen. Das verfügbare Einkommen wird daher mindestens im gleichen Ausmaß, wahrscheinlich sogar stärker wachsen als im ersten Halbjahr.

Da nicht anzunehmen ist, daß die Faktoren, die die Verbrauchsneigung bestimmen, an Intensität verlieren, dürfte der private Verbrauch nochmals stärker als die verfügbaren Einkommen zunehmen.

Angesichts der zu erwartenden Entwicklung des privaten Verbrauchs und der Angebotssituation auf den Verbrauchsgütermärkten wird damit zu rechnen sein, daß sich die bisherigen Preistendenzen eher verstärkt durchsetzen werden. Zwar ist der Preisindex für die Lebenshaltung im ersten Halbjahr 1960 leicht zurückgegangen und die Einzelhandelspreise sind konstant geblieben; dies kam jedoch dadurch zustande, daß der teilweise Abbau der überhöhten Ernährungskosten den seit Mitte 1959 in Gang befindlichen Preisanstieg in den übrigen Bereichen aufgewogen hat. Sowohl der Rückgang der Ernährungsgüterpreise als auch der Preisanstieg bei den übrigen Verbrauchsgütern und Dienstleistungen — verstärkt durch Mieterhöhungen — dürften in den kommenden Monaten anhalten.

Steigende Steuereinnahmen ohne kontraktive Wirkungen

Infolge der auch für das zweite Halbjahr 1960 zu erwartenden sehr starken Zunahme der Einnahmen — insbesondere aus den konjunktur-

reagiblen Steuern — werden die öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherungen) insgesamt gesehen in die Lage versetzt, ihre wachsenden Ausgaben mit laufenden Mitteln zu finanzieren. Das schließt freilich Neuverschuldungen einzelner Gebietskörperschaften nicht aus.

In der besonderen Situation der deutschen Volkswirtschaft sind die von der staatlichen Tätigkeit ausgehenden Wirkungen allerdings nicht nach den Kassen-Salden zu beurteilen. Vor allem sollte die verbesserte finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte keineswegs zu dem Schluß führen, daß die Öffentliche Hand nunmehr ihren konjunkturpolitischen Verpflichtungen gerecht werde.

Es ist damit zu rechnen, daß die laufende Nachfrage der öffentlichen Haushalte nach Verbrauchs- und Investitionsgütern sogar stärker steigen wird als das nominale, erst recht als das reale Brutto-sozialprodukt. Die Personal- und Transferzahlungen werden ebenfalls — wenn auch weniger stark — zunehmen. Noch rascher als die Inlandsausgaben werden die Einnahmen, insbesondere die Steuereinnahmen, steigen.

Der Überschuß der Einnahmen über die in-landswirksamen Ausgaben wird damit im zweiten Halbjahr 1960 größer sein als bisher. Der hiervon ausgehende Einfluß auf die Liquidität der Wirtschaft würde nur dann zu einer Beeinträchtigung der Finanzierungsmöglichkeiten führen und damit kontraktiv wirken, wenn ihm kein weiterer Liquiditätszufluß durch den Devisenüberschuß gegenüberstände und die Banken nicht in der Lage wären, den Kreditbedarf der Wirtschaft voll zu befriedigen. Da weder mit dem einen noch mit dem anderen zu rechnen ist, schlägt der Entzugseffekt der wachsenden staatlichen Einnahmen im Unternehmungssektor nicht in gleichem Maße durch wie bei den privaten Haushalten.

Das Schwergewicht der staatlichen Ausgabe-steigerung liegt nach wie vor auf dem Investitionssektor. Dabei stiegen in jüngster Zeit die Ausgaben für Hochbau- und für Tiefbauprojekte. Da im Tiefbau die Angebotselastizität, anders als im Hochbau, noch relativ groß ist, ist dies unbedenklich. Die Auszahlungen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau gehen zurück. Allerdings ist ihre Wirkung auf die Bautätigkeit nach dem Übergang zu gemischten Subventionen nicht mehr zu übersehen.

Nur vorübergehender Rückgang der Leistungsbilanzüberschüsse

Wie erwartet, hat sich der Aktivsaldo der Leistungsbilanz¹⁾ in der ersten Hälfte 1960 verringert. Dabei stand der Abnahme des Ausfuhrüberschusses im Warenverkehr erstmals wieder ein erhöhter Aktivsaldo der Dienstleistungsbilanz gegenüber.

Die Verminderung des Ausfuhrüberschusses im Warenverkehr ergab sich bei praktisch unverändertem „terms of trade“ daraus, daß das Wachstumstempo der Einfuhr unverändert blieb, das der Ausfuhr aber merklich nachließ. Wie bisher war die Zunahme der Importe von Halbwaren stärker als die der Gesamteinfuhr. Bei den Fertig-

¹⁾ Einschl. Saarland; Ausfuhr fob, Einfuhr cif, Dienstleistungsbilanz ohne die in cif-Werten der Einfuhr bereits enthaltenen Fracht- und Versicherungskosten.

waren hat sich wieder eine starke Erhöhung der Konsumgütereinfuhr ergeben, die selbst die weitere beträchtliche Zunahme der Investitionsgüterimporte noch erheblich übertraf; dabei stieg die Einfuhr von Vorerzeugnissen im ganzen weiterhin bedeutend stärker an als die der Endzeugnisse. Die Rohstoffeinfuhr ist im ganzen in unvermindertem Tempo gestiegen, was im wesentlichen durch die Ausweitung des Produktionsvolumens bedingt war. Die Einfuhr von Ernährungsgütern erhöhte sich nach der dürrebedingten starken Steigerung im zweiten Halbjahr 1959 nur noch geringfügig.

Die starke Zunahme des Dienstleistungsbilanzüberschusses kam einmal durch eine erhebliche Abnahme des Passivsaldo bei den Kapitalerträgen — eine Folge der fortschreitenden Auslandschuldentilgung und der anhaltenden Zunahme der deutschen Kapitalanlagen im Ausland —, zum anderen durch Umkehrung des bisherigen Ausgabenüberschusses im Transithandel und den übrigen mit dem Warenverkehr zusammenhängenden Posten der Dienstleistungsbilanz (Stromlieferungen usw.) zustande.

Auch für die zweite Hälfte 1960 muß damit gerechnet werden, daß die Importe schneller wachsen als die Exporte. Im Vorjahresvergleich gesehen wird der Exportüberschuß weniger zurückgehen als in der ersten Jahreshälfte. Andererseits kann aber auch damit gerechnet werden, daß sich der Passivsaldo der Kapitalerträge weiter vermindert und die Aktivität des Saldos im Transithandel und den übrigen mit dem Warenverkehr zusammenhängenden Dienstleistungen zunächst noch anhält. Bei weiterhin kaum veränderten sonstigen Posten der Dienstleistungsbilanz und wohl gleichfalls unveränderten unentgeltlichen Leistungen ergibt sich daraus für die zweite Hälfte 1960 eine Zunahme der Aktivität der Dienstleistungsbilanz in ihrer Gesamtheit (einschließlich der unentgeltlichen Leistungen), die die entsprechende Abnahme des Aktivsaldo in der Warenbilanz mehr als ausgleichen dürfte. Das bedeutet, daß der Gesamtüberschuß der Leistungsbilanz des laufenden Jahres im Gegensatz zur bisherigen Entwicklungstendenz nicht nur keine weitere Verminderung erfährt, sondern sich voraussichtlich sogar wieder erhöht.

Die sich aus dem hartnäckigen Fortbestehen eines hohen Leistungsbilanzüberschusses ergebenden Spannungen werden also zumindest vorderhand nicht nachlassen.

Die Auswirkungen der Notenbankpolitik

Die seit dem Herbst vorigen Jahres erfolgte Restriktionspolitik der Bundesbank strebt an, das Wachstum der Gesamtnachfrage von der monetären Seite her zu verlangsamen. Mit der Erhöhung des Diskontsatzes und mit der Abschöpfung von Bankenliquidität wurden Maßnahmen ergriffen, die den kurzfristigen Kredit verteuerten und den Kreditpielraum einengten.

Da der Liquiditätsentzug durch die wiederholte Erhöhung der Mindestreservesätze weit größer war als der Liquiditätszufluß, der sich aus dem Saldo von Nettodevisenverkäufen der Wirtschaft und liquiditätsmindernden Kassenüberschüssen der Öffentlichen Hand ergab, sahen sich die Kreditinstitute gezwungen, auf ihre Sekundär-

liquidität (Auslandsanlagen und inländische Geldmarktpapiere) zurückzugreifen.

Obwohl auch die Rediskontkontingente mehrmals gekürzt wurden, blieb das Kreditpotential der Banken groß. Während die Nachfrage nach Kurzkrediten beschleunigt zunahm, hat sich das Wachstum der langfristigen Bankkredite verlangsamt. Die Wertpapierkäufe der Kreditinstitute wurden immer geringer; im April und Mai — neuere Angaben liegen noch nicht vor — ist ihr Wertpapierbestand sogar zurückgegangen.

Der Ausfall der Banken als Wertpapierkäufer hatte zur Folge, daß sich der Markt für Rentenscheine beträchtlich verengte. Dabei stieg die Effektivverzinsung, und der Absatz ging erheblich zurück. Indessen bedeutet dies nicht, daß hierdurch auch schon die Ausgaben der Investoren beeinträchtigt wurden. Die Industrie besaß weiterhin ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten, da sie auf kurzfristige Kredite zurückgreifen und ihre eigenen Mittel, zum Teil durch vermehrte Aktienemissionen, anreichern konnte. Die Öffentliche Hand war wegen stark wachsender Steuereingänge weniger auf den Kapitalmarkt angewiesen. Die Finanzierung von Bauinvestitionen durch die Kapitalsammelstellen konnte bisher schon wegen der großen Zeitspanne zwischen Hypothekenzusage und -beanspruchung nicht berührt werden.

Im übrigen war das Mittelaufkommen bei den Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungen so groß, daß die Verringerung der Emission von Pfandbriefen und Kommunalobligationen überkompensiert worden ist. Die gesamten Hypothekenzusagen für die Wohnungsbaufinanzierung nahmen deshalb weiter zu, wenn seit April auch in verlangsamttem Tempo. Die Höhe der noch nicht in Anspruch genommenen Hypothekenzusagen und der zu erwartende weitere Zugang an langfristigen Mitteln bei der Gesamtheit der an der Wohnungsbaufinanzierung beteiligten Kapitalsammelstellen deuten darauf hin, daß die Nachfrage nach Wohnungsbauten unter den jetzigen Finanzierungsbedingungen kaum abnehmen wird.

Eine Zinspolitik, die die Spannungen am Baumarkt durch die Kürzung der zinsempfindlichen Bauinvestitionen beseitigen könnte, müßte äußerst rigoros sein, solange die Investoren mit einer weiteren starken Steigerung der Baupreise rechnen.

Man sollte deshalb nicht weiter versuchen, gegen die Übernachfrage am Baumarkt allein mit Mitteln der Notenbankpolitik anzukämpfen, sondern endlich zu den weit wirkungsvolleren Möglichkeiten der Finanzpolitik greifen.

Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik wird auch im weiteren Verlauf des Jahres durch zunehmende Ansprüche an die zwar noch starken, aber bereits nachlassenden Wachstumskräfte gekennzeichnet sein. Obwohl man schätzen kann, daß das reale Bruttosozialprodukt im zweiten Halbjahr 1960 um 5 vH höher sein wird als im Vorjahr, was einem konjunkturellen Wachstum um etwa 4½ vH entspricht, sind Anzeichen für eine Anpassung der Gesamtnachfrage an das Angebot nicht zu erkennen.

Die Kapazitätsauslastung kann im ganzen nicht mehr nennenswert gesteigert, der Anstieg der Produktivität durch Investitionen kurzfristig kaum weiter verstärkt werden. Möglichkeiten, die Einfuhr so stark zu steigern, daß dadurch die Binnenmärkte durchgreifend entlastet würden, bestehen wegen der Beschränkungen der handelspolitischen Autonomie und wegen der Vorstellungen der maßgebenden Instanzen über die Schutzbedürftigkeit bestimmter Wirtschaftszweige nicht. Auch ist das Angebot auf den Auslandsmärkten in der gegenwärtigen Situation wohl nicht überall so elastisch, daß eine solche zusätzliche Nachfrage ohne Preissteigerungen realisiert werden könnte.

In der Industrie werden die Bestände an Inlands- und Auslandsaufträgen weiter zunehmen. Die Übernachfrage nach Bauleistungen wird anhalten und die Preise weiter hochtreiben. Bei der zu erwartenden Zunahme der für den privaten Verbrauch verfügbaren Einkommen, die sich immer mehr als Konsequenz der Verknappung am Arbeitsmarkt ergibt, und bei der Ausgabenneigung der Konsumenten wird der Preisindex für die Lebenshaltung wie in früheren Boomjahren steigen, wenn die Preisrückgänge auf dem Gebiet der Ernährung aufhören, die als Reaktion auf die im Herbst 1959 entstandene ungewöhnliche Verteuerung eingetreten sind.

Es muß befürchtet werden, daß sich die Voraussetzungen für die Sicherung des Geldwertes weiter verschlechtern, ja daß sich durch die konjunkturelle Übersteigerung eine Situation herausbilden kann, die die Stetigkeit der Beschäftigung gefährdet. Entscheidend trägt zu dem inneren Ungleichgewicht die Inanspruchnahme der heimischen Produktion durch die anhaltend wachsenden Ausfuhren bei. Bei den gegenwärtigen Wechselkursen greifen die auswärtigen Investoren, vor allem in Zeiten internationalen Konjunkturaufschwungs, so stark auf die Lieferfähigkeit der mit relativ niedrigen Kosten produzierenden westdeutschen Industrie zurück, daß der Produktionseffekt der ebenfalls steigenden Inlandsinvestitionen hinter dem Einkommenseffekt der unter solchen Umständen mit allen Mitteln gesteigerten Investitionsgüterproduktion zurückbleibt.

Die wirtschaftspolitisch verantwortlichen Stellen haben kein Instrumentarium entwickelt, mit dem der lohn- und preistreibenden Übernachfrage begegnet werden könnte, die in solchen Situationen zwangsläufig entsteht. Man verläßt sich vielmehr auf die Wirkungen einer restriktiven Kreditpolitik. Deren Einflußmöglichkeiten sind aber — namentlich seit der Einführung der Konvertibilität — in Westdeutschland besonders gering. Darauf ist an dieser Stelle bereits im Dezember 1959 hingewiesen worden.

Die Bundesregierung hat nochmals erklärt, daß eine Änderung des Wechselkurses als Mittel der Währungspolitik nicht in Frage komme. Die kleinen Mittel, die zur Steigerung der Einfuhr und zur Dämpfung der Ausfuhr noch eingesetzt werden können, reichen bei weitem nicht aus, um das Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz so weit zu beseitigen, wie es zur Sicherung der inneren Stabilität nötig wäre.

Unter diesen Umständen muß die innere Stabilität mit anderen konjunkturpolitischen Mitteln gesichert werden. Dafür kommt allein eine Finanzpolitik in Frage, die so flexibel gestaltet werden muß, daß sie die Nachfrageexpansion jeweils mit den gegebenen Angebotsmöglichkeiten in Einklang bringt.

Wenn auch das dafür notwendige Instrumentarium im gegenwärtigen Boom nicht mehr mit vollem Erfolg eingesetzt werden kann, sollte trotzdem unverzüglich damit begonnen werden, die erforderlichen rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen zu schaffen.

Freilich muß man sich der Konsequenzen bewußt sein, die sich aus einer solchen konjunkturpolitischen Grundkonzeption ergeben: Je höher die außenwirtschaftlichen Überschüsse, desto geringer der Spielraum für Investitionen im Innefn und damit das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums.

* * *

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, weicht von einigen der geäußerten Auffassungen ab. Ihm liegt daran, folgende Punkte hervorzuheben:

1. Die allgemeine Angebotselastizität der westdeutschen Wirtschaft wird auch im zweiten Halbjahr 1960 beträchtlich sein. Das Bruttosozialprodukt wird sich gegenüber dem Vorjahr in realen Größen um 5 vH erhöhen können; für die Industrieproduktion allein sollte eine Jahreswachstumsrate von etwa 10 vH nicht überraschen.

2. Die Expansion der Gesamtnachfrage, obwohl ebenfalls sehr groß, hat ihren Höhepunkt bereits überschritten. Dies gilt vor allem für die Investitionsgütermärkte, wo die Angebot-Nachfrage-Konstellation bisher zu besonders stark steigenden Auftragsbeständen geführt hat. Die andererseits zu erwartende Beschleunigung des Wachstums im privaten Verbrauch wird nur geringfügig sein und sich im Rahmen der Angebotsmöglichkeiten halten. Eine Erhöhung der Preisindexziffer für die Lebenshaltung ist kaum zu erwarten. Ein Preisauftrieb auf Grund von Übernachfrage wird nach wie vor nur auf dem Bauparkt vorhanden sein.

3. Da somit von einer allgemeinen Übernachfrage nicht gesprochen werden kann, sollten die konjunkturpolitischen Maßnahmen, die zur Erhöhung der Angebotselastizität beitragen, vor jenen den Vorrang haben, die auf eine generelle Dämpfung der Nachfrage gerichtet sind. Monetäre Restriktionen sind aus diesem Grunde als therapeutische Mittel in der gegebenen Situation ungeeignet. Statt dessen sind gezielte Maßnahmen der Wirtschaftspolitik geboten. Diese hätten sich in erster Linie auf den Markt für Hochbauleistungen zu richten. Hier würde voraussichtlich schon in ausreichendem Maße entlastend wirken, wenn sich die öffentlichen Auftraggeber noch in diesem Jahr zu einer Hinauszögerung der Auftragserteilungen um jeweils einen Monat verstehen würden. Zur zusätzlichen Erhöhung der allgemeinen Angebotselastizität kann der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte noch spürbar intensiviert werden.

Die Einkommensentwicklung in West-Berlin

Das DIW hat es übernommen, die vom Statistischen Landesamt berechnete Entstehungs- und Verwendungsseite des Sozialprodukts durch eine Einkommensrechnung zu ergänzen.¹⁾ Im folgenden sollen die bisher nur gelegentlich veröffentlichten Zahlen über die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer und der Selbständigen in den letzten zehn Jahren im Zusammenhang vorgelegt werden. Infolge neuerer Berechnungen und Zusammenstellungen ergeben sich in den dargestellten Übersichten geringfügige Abweichungen von den früheren Zahlen.

Die lebhafteste Ausdehnung der Wirtschaftstätigkeit in den meisten Westberliner Wirtschaftszweigen während des untersuchten Zeitraums von 1950 bis 1959 hat auch die Einkommenslage erheblich verbessert. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamts wuchs das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen auf mehr als das Zweieinhalbfache. Parallel dazu erhöhten sich die Beträge, die den Einkommensbeziehern und dem Staat zugeflossen sind: die Bruttolöhne und -gehälter, die Bruttoeinkommen der Selbständigen und der Körperschaften, die gesetzlichen und freiwilligen sozialen Leistungen der Arbeitgeber und die indirekten Steuern.

Die Verteilung des Nettosozialprodukts auf die einzelnen Einkommensarten verlief unterschiedlich. Die Bruttoarbeitsentgelte — ohne die gesetzlichen und freiwilligen Leistungen der Arbeitgeber — stiegen von 1,8 Mrd. DM auf 4,8 Mrd. D-Mark. Ihre Entwicklung blieb damit etwas hinter dem Wachstum des Nettosozialprodukts zurück; die Quote der Arbeitnehmerinkommen fiel infolgedessen von 52 auf 49 vH. Etwas mehr, aber auch nicht im gleichen Umfang wie das Nettosozialprodukt, stiegen die Bruttoeinkommen der Selbständigen und der Körperschaften. Das stärkere Wachstum des Nettosozialprodukts beruhte allein auf der Entwicklung der indirekten Steuern: Diese dem Staat zufließenden Beträge erreichten mit 1,7 Mrd. DM im Jahre 1959 mehr als das Dreieinhalbfache ihres Wertes von 1950. Hierin zeigte sich der Einfluß der etwa im Jahr 1956 einsetzenden Expansion der Tabakverarbeitung in West-Berlin, deren Ergebnisse schon seit einiger Zeit in fast allen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Berlins stark durchschlagen.

Die Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter auf mehr als das Zweieinhalbfache vollzog sich bei einem gleichzeitigen erheblichen Zuwachs der Zahl der Beschäftigten. 1959 lag die Zahl der Arbeitnehmer um fast 43 vH über dem Stand von 1950. Die durchschnittlichen Arbeitseinkünfte sind dementsprechend weniger stark gestiegen; 1950 entfiel in West-Berlin auf jeden Beschäftigten ein jährlicher Durchschnittswert von 2900 DM, 1959 betrug er 5300 DM. Die tatsäch-

liche Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Gesamtzahl der Arbeitnehmer kommt jedoch in diesen Zahlen nicht ganz zum Ausdruck. Im Jahre 1950 sind in West-Berlin noch etwa 286 000 Personen erwerbslos gewesen, bis 1959 hat sich diese Zahl auf 59 000 Personen vermindert. Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen hat die Einkommenssituation der Arbeitnehmerhaushalte günstiger gestaltet, als dies aus der Entwicklung der Bruttoarbeitseinkommen hervorgeht, weil die Unterstützung naturgemäß geringer als das entsprechende Arbeitseinkommen ist.

Zieht man von den Bruttoeinkommen die direkten Steuern und die Beiträge zur Sozialversicherung ab, so verblieb in den Eckjahren des betrachteten Zeitraums je Arbeitnehmer ein Nettoeinkommen von 2500 und von 4300 DM. In der gleichen Zeit erhöhte sich der Preisindex des privaten Verbrauchs in West-Berlin in weit geringerem Umfang. Der Abstand zwischen der realen und der nominalen Einkommensentwicklung betrug dadurch rund 12 vH; ein Siebentel der Lohnsteigerung wurde somit durch Preis erhöhungen absorbiert:

Preisindex privater Verbrauch 1959	112 (1950 = 100)
Durchschnittseinkommen 1959	180 (1950 = 100)

Die Ergebnisse der Einkommensrechnung zeigen, daß sich der soziale Standard in West-Berlin in den vergangenen zehn Jahren außerordentlich verbessert hat. Bei einem Vergleich mit dem Bundesgebiet zeigt sich aber, daß das durchschnittliche Lohn- und Gehaltsniveau je Arbeitnehmer in West-Berlin noch immer unter dem westdeutschen liegt. Bis 1954 hatte sich der Westberliner Stand dem westdeutschen etwas angenähert. Dann aber haben sich die Niveauunterschiede erneut verschärft, 1956 fiel der relative Stand in West-Berlin wieder auf 94 vH (Westdeutschland = 100) zurück. Seitdem hat sich nur noch eine geringfügige Besserung im Verhältnis der Durchschnittseinkommen vollzogen; 1959 lag West-Berlin im durchschnittlichen Lohn- und Gehaltsniveau noch um fast 5 vH hinter Westdeutschland zurück. Der Abstand bei den Nettoeinkommen ist seit 1955 — also mit Inkrafttreten der Einkommensteuer-Vergünstigung in West-Berlin — nicht so groß wie bei den Bruttobetragen.

Verteilung des Bruttosozialprodukts
Bruttoeinkommen¹⁾ in Mill. DM

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Bruttolöhne und -gehälter	1 835	2 147	2 350	2 636	2 980	3 380	3 821	4 183	4 523	4 770
Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	173	223	231	269	283	323	354	426	464	487
Freiwillige soziale Leistungen der Arbeitgeber Bruttoeinkommen der Selbständigen und der Körperschaften	40	55	70	75	85	100	115	110	115	115
Indirekte Steuern ²⁾	977	1 207	1 274	1 507	1 706	2 066	2 194	2 320	2 323	2 586
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	482	646	672	675	757	861	1 037	1 220	1 363	1 734
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	3 507	4 278	4 597	5 162	5 811	6 730	7 521	8 259	8 788	9 685
Abschreibungen	355	447	522	545	576	649	727	804	868	924
Bruttosozialprodukt	3 862	4 725	5 119	5 707	6 387	7 379	8 248	9 063	9 656	10 609

Berechnungen des DIW und des Statistischen Landesamts Berlin.

¹⁾ Ohne die von auswärts im Rahmen der verschiedenen Hilfe transferierten Einkommen. — ²⁾ Mit Subventionen saldiert.

Das Lohn- und Gehaltsniveau im Bundesgebiet und in West-Berlin

	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Bundesgebiet¹⁾											
Bruttolöhne und -gehälter . . .	Mrd. DM	39,8	48,4	53,9	59,4	65,0	73,9	82,9	89,7	96,8	103,4
Zahl der Beschäftigten	1000	13 675	14 286	14 754	15 344	15 968	16 840	17 483	18 020	18 240	18 620
Durchschnittl. Entgelt	DM	2 910	3 388	3 653	3 871	4 071	4 388	4 742	4 978	5 307	5 553
West-Berlin²⁾											
Bruttolöhne und -gehälter . . .	Mill. DM	1 835	2 147	2 350	2 636	2 980	3 380	3 821	4 183	4 523	4 770
Zahl der Beschäftigten	1000	631	670	667	704	755	808	855	883	893	901
Durchschnittl. Entgelt	DM	2 908	3 204	3 523	3 744	3 947	4 183	4 469	4 737	5 065	5 294
Niveau West-Berlins gegenüber dem Bundesgebiet	vH	99,9	94,6	96,4	96,7	97,0	95,3	94,2	95,2	95,4	95,3

1) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 2) Berechnungen des DIW.

Die Gründe für die nur langsame Angleichung sind vielfältig. Lediglich für den gesamten öffentlichen Dienst sowie für einige Zweige der privaten Wirtschaft — Banken, Versicherungen und Wohnungsbauunternehmungen — sind die Tarife und Entgelte für das Bundesgebiet und West-Berlin einheitlich, und auch hier dürften zum Teil in Westdeutschland durch außertarifliche Vergünstigungen die effektiv gezahlten Bezüge höher sein als in West-Berlin. In der übrigen privaten Wirtschaft lagen die durchschnittlichen Brutto-Wochenverdienste der Arbeiter und die Brutto-Monatsverdienste der Angestellten nach den amtlichen Daten in West-Berlin durchweg unter dem westdeutschen Niveau. Zwar ist der relative Abstand der in der amtlichen Berichterstattung erfaßten Löhne und Gehälter in West-Berlin einerseits und im Bundesgebiet andererseits — mit Ausnahme der Jahre 1955 und 1956 — langsam zurückgegangen; 1959 lag aber z. B. der durchschnittliche Wochenverdienst der Arbeiter in Westdeutschland noch um 3 vH über dem in West-Berlin. Noch stärker differierten die Brutto-Monatsgehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten im privaten Bereich; hier unterschied sich das Niveau 1959 um 8 vH. Ein weiterer ausschlaggebender Faktor für die Unterlegenheit ist struktureller Art: West-Berlin hat auf Grund seiner Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur einen vergleichsweise sehr hohen Anteil an beschäftigten Frauen. Während hier mehr als 40 vH der Gesamtzahl der Beschäftigten Frauen waren, betrug diese Quote in Westdeutschland lediglich ein Drittel. Wenn auch in West-Berlin nach amtlichen Daten die individuellen Tarife und Entgelte für die Frauenarbeit schon weitgehend an die für das Bundesgebiet geltenden Sätze angeglichen sind, so liegen doch die Löhne der Frauen in der gewerblichen Wirtschaft beträchtlich unter denen der Männer. Das stärkere Gewicht der Frauenarbeit hat deshalb zwangsläufig einen Einfluß auf die Höhe der gesamten Bruttoeinkommen. Schließlich fehlt in West-Berlin die Grundstoffindustrie (Stahl, Mineralöl) mit überdurchschnittlich hohen Löhnen; allerdings wird hier das durchschnittliche Bruttoeinkommen nicht durch die niedrigen Entgelte in der Landwirtschaft gedrückt.

Bei der Gegenüberstellung der Einkommen von West-Berlin und dem Bundesgebiet müssen jedoch einige einschränkende Anmerkungen gemacht werden.

Zunächst sind die statistischen Ausgangsgrößen nicht frei von Fehlerquellen. Dies gilt bereits für die Reihen über die Beschäftigungsentwicklung. Obgleich durch die Ergebnisse der Mikrozensus-Erhebungen neue Erkenntnisse gewonnen werden konnten, bleiben einige Bereiche mit kleinerem Umfang oder großer Fluktuation zwangsläufig ungenau. Hierdurch wird dann auch die Schätzung der Einkommen erschwert. Präzise Aussagen über die Niveauunterschiede sind deshalb nur begrenzt möglich, wenn auch die Ergebnisse der verschiedensten genauen Bereichsstatistiken, die zum Vergleich herangezogen werden konnten, die getroffenen Feststellungen bestätigen.

Zum anderen bleibt ein Vergleich zwischen West-Berlin und dem Bundesgebiet aus strukturellen Gründen problematisch. Das unterschiedliche Gewicht der einzelnen Wirtschaftszweige in den beiden betrachteten Gebieten bringt es mit sich, daß die errechneten Durchschnitte kaum vergleichbar sind. Diese Komponente verschärft zweifellos den auch bis jetzt immer noch nicht überwundenen Abstand im Lebensstandard beider Wirtschaftsräume. Die Niveauunterlegenheit West-Berlins gegenüber anderen Großstädten Westdeutschlands, für die Unterlagen nicht vorhanden sind, dürfte sicherlich weitaus erheblicher sein. Eine Großstadt hat aus vielen Gründen — es fehlen die niedrig bezahlten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, und es dominieren die besser verdienenden Bereiche der öffentlichen und privaten Dienstleistungen — naturgemäß einen Vorsprung im Einkommen vor dem Durchschnitt eines ganzen Landes.

Die Bruttoeinkommen der Selbständigen und der Körperschaften in West-Berlin — die allerdings als Restposten aus der Einkommensrechnung hervorgehen und deshalb statistischen Fehlermöglichkeiten noch mehr unterliegen — haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Die gesamte Steigerung bis 1959 auf mehr als das Zweieinhalbfache des Standes von 1950 vollzog sich mit dem Schwergewicht in der ersten Hälfte des betrachteten Zeitraums. Seit 1956 blieb der Anstieg hinter der gleichzeitigen Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme zurück; 1958 hat das Einkommen der Selbständigen und der Körperschaften sogar stagniert. Das vergangene Jahr jedoch brachte wieder einen Wendepunkt: Die Einkommen der Selbständigen übertrafen mit einem Zuwachs von 11 vH in der Wachstumsgeschwindigkeit die Arbeitnehmerereinkommen um das Doppelte. Ähnlich verlief diese Entwicklung in Westdeutschland; auch dort hat sich seit dem zweiten Quartal 1959 die Gewinnsituation nennenswert verbessert. Die vorläufigen Zahlen für die bisher abgelaufene Zeit des Jahres 1960 zeigen die gleiche Tendenz.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Kregel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
 Druck: Buch- und Kunstverlag Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1959												1960				
			März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai		
			24	26	22,2	25	27	25,9	26	27	24,1	25	24,7	25	27	24	25		
Anzahl der Werktage																			
Arbeitsmarkt																			
Beschäftigte ¹⁾	BRD*)	1000	VD	.	.	18945	.	.	19240	.	.	19295			
darunter weibliche	W-B	vH	E	852	.	.	870	.	883	.	883	849	.	19005	.	870			
Arbeitslose b. d. Arb.-Ämtern	BRD*)	1000	VD	43,1	.	33,2	42,6	.	33,3	.	43,0	.	33,6	.	43,4	.			
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern ³⁾	W-B	"	E	593	401	325	259	215	196	187	197	231	443	627	530	257			
Unterstützte Arbeitslose ⁴⁾	BRD*)	1000	M	74	66	61	55	43	39	36	38	43	69	57	52	41			
Off. Stellen b. d. Arb.-Ämtern	BRD*)	vH	"	3,0	2,0	1,6	1,3	1,1	1,0	0,9	1,0	1,1	2,2	3,1	2,6	1,3			
Arbeitslose je 100 off. Stellen	W-B	"	"	8,0	7,1	6,6	6,0	4,6	4,2	3,9	4,2	4,7	7,5	6,2	5,6	4,5			
	BRD*)	1000	M	658	388	295	234	191	164	151	150	165	282	523	530	332			
	W-B	"	"	62	54	50	48	39	31	29	30	34	52	53	48	39			
	BRD*)	"	E	276	281	298	323	341	350	350	326	285	241	313	389	453			
	W-B	"	"	5,4	6,4	6,9	7,2	9,6	9,9	8,0	7,3	4,8	3,5	5,4	6,5	7,2			
	BRD*)	Anzahl	"	215	143	109	80	63	56	53	61	81	184	201	136	57			
	W-B	"	"	1360	1030	884	764	445	392	448	529	894	1956	1067	803	571			
Einkommen																			
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD*)	10	Mill. DM	S	2345,1	2438,7	2461,4	2512,2	2591,3	2505,3	2582,1	2668,4	2711,8	2900,6	2652,8	2533,6	2803,0		
Gehälter in der Industrie	"	"	"	"	865,1	872,7	877,4	901,5	899,7	902,4	912,5	927,2	979,3	1077,6	1010,6	987,4	1014,0		
Beschäftigung d. Ind.⁵⁾																			
Beschäftigte	BRD*)	1000	E	7156,1	7250,2	7270,0	7296,4	7326,7	7362,6	7394,7	7426,9	7462,9	7401,3	7567,8	7606,8	7651,5	7716,4		
Gesamte Industrie	"	"	"	627,4	629,6	625,8	621,1	615,3	607,3	599,0	592,1	588,7	584,0	638,3	634,4	630,4	628,4		
Bergbau	"	"	"	1525,4	1557,2	1567,8	1577,2	1586,6	1593,5	1596,9	1597,6	1599,7	1582,8	1622,3	1637,0	1660,1	1688,8		
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	2721,3	2761,3	2768,7	2780,9	2796,1	2820,2	2837,8	2852,6	2874,2	2869,0	2919,2	2940,7	2957,2	2993,2		
Investitionsgüterind.	"	"	"	1855,6	1851,6	1830,3	1854,6	1857,6	1866,3	1879,1	1891,6	1908,1	1896,9	1921,8	1923,8	1932,4	1940,7		
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	446,4	450,5	457,4	462,6	471,1	475,3	481,9	493,0	492,2	468,6	466,2	465,9	465,4	465,3		
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	236,2	254,0	259,4	262,0	263,6	263,3	262,6	259,2	254,6	241,0	221,7	225,9	247,6	259,2		
dar. Ind. d. Steine u. Erden	"	"	"	289,6	292,2	293,8	295,9	297,7	300,4	301,0	301,3	302,3	302,4	344,0	346,7	349,0	352,3		
Eisenschaffende Ind.	"	"	"	124,5	125,6	125,6	126,1	126,7	127,4	127,9	128,9	130,0	129,9	137,5	138,4	138,4	139,3		
Eisen-, Stahl- u. Tempergieß.	"	"	"	76,6	77,4	77,6	77,9	78,6	78,9	79,6	79,9	79,8	79,8	80,3	80,7	81,0	81,4		
NE-Metallindustrie	"	"	"	419,4	423,2	424,8	426,9	429,6	431,8	432,1	433,2	435,1	433,5	436,8	440,1	442,8	446,9		
Chemische Industrie	"	"	"	179,5	181,9	181,9	182,4	183,0	184,2	184,2	183,9	183,9	183,9	183,9	188,7	189,5	191,5		
Stahlbau	"	"	"	837,8	852,7	856,5	859,2	863,3	867,7	870,4	872,3	878,5	878,9	899,2	905,3	909,1	924,8		
Maschinenbau	"	"	"	335,3	341,8	343,7	346,8	348,9	353,4	358,4	362,4	366,7	367,5	370,9	375,9	380,8	385,6		
Fahrzeugbau	"	"	"	103,0	104,0	103,3	102,0	101,1	100,5	99,3	98,7	98,3	97,4	97,3	97,0	96,6	95,8		
Schiffbau	"	"	"	635,2	642,7	643,8	647,8	652,3	661,7	668,9	673,8	679,8	678,2	688,9	694,7	702,0	708,7		
Elektrotechnische Ind.	"	"	"	137,0	138,6	138,9	139,2	139,4	140,2	141,3	142,1	143,2	142,8	144,0	145,4	145,4	146,9		
Feinmech. u. opt. Ind.	"	"	"	365,2	369,7	370,4	372,6	375,9	379,0	381,2	384,3	387,3	385,4	387,1	389,1	389,0	391,0		
Eisen-, Blech- u. Metallw.	"	"	"	215,2	216,0	215,1	215,3	214,5	214,6	215,7	216,5	218,0	216,8	217,6	218,2	218,6	218,6		
Holzverarbeitende Ind.	"	"	"	170,4	172,8	172,7	173,0	173,1	173,9	174,4	174,3	174,6	174,2	169,7	170,4	171,1	173,1		
Druckerei u. Vervielfältig.	"	"	"	585,1	588,4	588,1	590,2	591,0	594,2	597,9	601,9	609,5	607,5	609,7	612,6	613,3	615,5		
Textilindustrie	"	"	"	305,0	310,1	310,5	310,7	311,0	313,2	316,9	321,1	324,0	321,3	326,9	328,0	328,9	332,6		
Bekleidungsindustrie	"	"	"																
Darunter Arbeiter⁶⁾																			
Gesamte Industrie	BRD*)	1000	E	5832,9	5906,5	5920,1	5944,4	5970,8	5998,8	6026,8	6054,1	6083,9	6022,3	6158,1	6188,6	6228,9	6267,4		
Bergbau	"	"	"	563,6	565,5	561,6	557,0	551,4	543,6	535,4	528,9	525,2	520,6	569,0	565,2	561,4	559,3		
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	1223,5	1250,9	1258,8	1268,9	1277,5	1283,1	1285,9	1285,7	1286,6	1269,7	1300,4	1313,1	1341,1	1357,4		
Investitionsgüterind.	"	"	"	2149,8	2179,3	2183,6	2194,3	2206,0	2225,0	2240,4	2252,0	2270,0	2263,5	2301,1	2318,2	2330,9	2352,7		
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	1558,7	1570,9	1569,0	1573,1	1576,5	1583,8	1595,8	1607,8	1623,3	1612,8	1635,0	1640,6	1644,4	1649,1		
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	337,3	339,9	346,1	351,1	359,4	363,3	369,3	379,7	378,7	355,7	352,6	351,5	351,1	348,9		
Geleistete Arbeiterstd.																			
Gesamte Industrie	BRD*)	1000	Mill.	S	979,1	1048,4	956,0	1009,6	1023,3	991,7	1060,5	1097,6	1059,7	1064,4	1027,0	1018,2	1123,3		
Bergbau	"	"	"	"	85,5	90,4	80,1	83,2	83,3	79,3	82,5	85,5	82,9	83,5	90,6	84,0	92,2		
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	"	209,5	228,4	210,3	222,9	228,9	222,1	231,2	238,8	228,3	228,3	222,4	219,9	247,2		
Investitionsgüterind.	"	"	"	"	362,8	387,2	356,4	379,4	377,4	368,1	397,1	408,1	396,7	403,6	385,1	387,3	422,3		
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	"	261,3	279,2	249,4	260,3	265,9	257,1	281,0	291,7	281,2	280,6	267,6	267,4	295,7		
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	"	60,0	63,2	59,8	63,8	67,8	65,1	68,7	73,5	70,6	68,4	61,3	59,6	65,9		
Tägliche Arbeitszeit⁷⁾																			
Gesamte Industrie	BRD*)	1000	Std.	D	6,99	6,83	7,27	6,79	6,35	6,38	6,77	6,71	7,23	7,07	6,75	6,58	6,68		
Bergbau	"	"	"	"	6,32	6,15	6,42	5,98	5,60	5,63	5,93	5,99	6,55	6,42	6,44	5,94	6,08		
Grundst.- u. Produktionsg.	"	"	"	"	7,13	7,02	7,52	7,02	6,64	6,68	6,91	6,88	7,36	7,19	6,93	6,70	6,83		
Investitionsgüterind.	"	"	"	"	7,03	6,83	7,35	6,92	6,34	6,39	6,82	6,71	7,25	7,13	6,78	6,68	6,71		
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	"	6,98	6,84	7,16	6,62	6,25	6,27	6,77	6,72	7,19	6,96	6,63	6,52	6,66		
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	"	7,42	7,16	7,78	7,27	6,99	6,92	7,15	7,17	7,74	7,70	7,04	6,78	6,95		
Produktionsergebnis⁸⁾																			
je Beschäftigten	BRD*)	1950 = 100	VD	.	.	151	.	.	146	.	.	163	.	.	153	.	.		
je Arbeiter	"	"	"	.	.	156	.	.	150	.	.	168	.	.	158	.	.		
je Arbeiterstunde	"	"	"	.	.	169	.	.	173	.	.	181	.	.	178	.	.		
Durchschnittl. Bruttostd.-verdienst der Arbeiter⁹⁾																			
Lohnempfänger insgesamt	BRD*)	10	Pf	D	.	.	242,7	.	.	245,4	.	.	251,3	.	.	254,3	.		
Männliche Arbeiter	"	"	"	"	.	.	261,7	.	.	264,1	.	.	271,0	.	.	274,3	.		
Weibliche Arbeiter	"	"	"	"	.	.	165,5	.	.	169,5	.	.	175,9	.	.	179,0	.		
Preisindex f. d. Lebenshaltung																			
Gesamt, unter Verbr.-gruppe	BRD*)	1938=100	D	192	191	191	191	195	194	195	197	198	198	197,6	197,4	197,1	197,0		
mittlere	"	"	"	186	186	186	186	189	189	189	191	192	192	192,0	191,6	191,4	191,4		
gehobene	"	"	"	185	184	184	185	186	187	187	189	190	190	189,9	189,5	189,4	189,7		
Gesamt, mittl. Verbr.-gruppe	"	1950=100	"	119	119	119	120	121	121	121	123	123	123	123,2	122,9	122,8	122,8		
Ernährung	"	"	"	126	125	125	126	128	128	129	131	133	132	131,7	131,0	130,8	130,5		
Getränke u. Tabakwaren	"	"	"	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	84,9	84,9	84,9	84,9		
Wohnung	"	"	"	122	122	122	122	123	123	123	123	123	123	123,6	123,7	123,7	124,4		
Heizung und Beleuchtung	"	"	"	145	143	143	143	143	144	145	146	146	146	146,8	147,0	146,9	145,9		
Hausrat	"	"	"	112	112	112	112	112	112	112	112	112	112	111,7	111,6	111,6	111,7		
Bekleidung	"	"	"	104	104	104	104	104	104	105	106	106	106	106,4	106,6	106,7	10		

Gegenstand	Einheit †)	Woche:	Vorjahr					Gegenwart								
			14.-20. Juni 1959	21.-27. Juni 1959	28. Juni bis 4. Juli 1959	5.-11. Juli 1959	12.-18. Juli 1959	15.-21. Mai 1960	22.-28. Mai 1960	29. Mai bis 4. Juni 1960	5.-11. Juni 1960	12.-18. Juni 1960	19.-25. Juni 1960	26. Juni bis 2. Juli 1960	3.-9. Juli 1960	10.-16. Juli 1960
			25.	26.	27.	28.	29.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.
Produktion																
Geschäftstätigkeit in USA	1947/49 = 100		154,1	153,3	104,7	155,6	152,1	161,8	161,7	161,4	163,0	164,5	165,4	164,8	.	.
Industrieproduktion in USA			176,3	178,6	175,4	178,8	149,8	171,1	168,8	168,1	168,0	168,2	169,2	168,6	169,5	.
Steinkohlenföhrd. in Westdtschld. 1)	1000 t	WS	2328	2300	2338	2215	2220	2404	2379	2375	2335	1517	2805	2514	2756	.
" " Großbritannien	"	"	4336	"	4064	"	"	"	3969	2836	2839	3995	3894	3723	"	.
Kohlenförderung in USA	"	"	8405	7795	1533	1315	6468	7593	7634	7271	7920	8078	8183	8850	"	.
Rohstahlerzeugung in Westdtschld. 1)	"	"	399	417	423	279	290	475	448	426	417	422	473	473	478	.
" " USA	"	"	2362	2383	2182	2138	2126	1852	1729	1601	1610	1610	1577	1415	1105	.
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Wagen	"	159	158	131	150	128	186	172	138	167	162	166	152	107	.
Stromverbrauch in West-Berlin 2)	Mill. kWh	"	33,4	35,7	36,3	36,6	34,6	40,9	38,8	40,4	35,6	36,7	38,8	40,5	41,3	38,9
Güterverkehr																
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn 15)	1000 Wagen	WS	327,7	379,8	374,6	353,8	356,0	393,6	345,9	390,2	336,9	284,1	404,9	402,2	379,2	.
Zahlungsverkehr																
Zahlungsmittelumlauf in																
Westdeutschland u. West-Berlin . . .	Mill. DM	BSt	17806	16845	19420	18994	18344	.	18229	20799	20073	19528	18468	21164	20194	.
Notenumlauf d. Bank von England . . .	£	Mi	2095	2109	2123	2146	2165	2176	2181	2198	2215	2217	2213	2225	2246	2270
" " Bank von Frankreich	Mrd. frs.	Do	3267	3289	3455	3467	3407	33,4	33,6	34,8	34,7	34,1	33,9	33,9	35,9	36,3
" " Niederländ. Bank	Mill. fl.	Mo	4178	4188	4384	"	4321	4477	4449	4627	4541	4434	4399	4440	4687	4630
" " Belgischen Nationalbk.	" bfrs.	Do	115641	114960	116108	119109	118676	115530	115253	116543	118892	117384	116519	116551	120471	"
" " Schweizer	" sfrs.	BSt	5531	5568	5776	5671	5644	.	5846	6009	5949	5854	5948	6125	6023	5993
" " Schwedischen	" skr.	"	5378	5390	5667	5512	5424	.	5454	5702	5530	5571	5803	5984	5824	"
Zahlungsmittelumlauf in USA	" \$	Mi	31877	31814	31858	32122	32201	31774	31684	31811	31917	31976	31927	31867	32155	.
Geld- und Kapitalmarkt																
<i>Deutsche Bundesbank 8)</i>																
Gold	Mill. DM	BSt	11150	11201	11233	11233	11280	.	11290	11365	11365	11429	11430	14488	11524	.
Gesamtaktiva aus d. Auslandsgeschäft	"	"	11999	11725	11939	11882	11842	.	14685	14863	15100	15641	16146	16278	16513	.
Inlandswchsel	"	"	732	523	782	850	640	.	1154	1240	2469	2167	1919	1663	2499	.
Kassenkredite 4)	"	"	284	3	552	1075	35	.	16	15	5	12	16	17	9	.
Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibung	"	"	3472	3547	3746	3941	4065	.	5154	5139	5186	5145	5159	5096	5089	.
Einlagen insgesamt	"	"	10049	10555	9478	10338	9896	.	14950	13342	15090	15962	17497	14873	16569	.
darunter: von Kreditinstituten 5)	"	"	6400	7095	6560	7831	7081	.	11144	10414	12732	11417	11960	10866	13184	.
von öffentlichen Einlegern	"	"	3437	3253	2697	2295	2607	.	3568	2720	2144	4342	5307	3786	3171	.
<i>Halbmonatliche Bankenstatistik 6)</i>																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken . . .	"	"	22687	.	22929	.	22523	23666	.	23843	.	24230
dar.: an Wirtschaftsuntern. u. Private an öff.-rechtl. Körperschaften . . .	"	"	19168	.	19484	.	19341	20774	.	20945	.	21287
Einlagen von Nichtbanken	"	"	3519	.	3446	.	3181	2892	.	2898	.	2942
darunter Spareinlagen	"	"	49717	.	49581	.	50326	56423	.	56575	.	56052
Bank von England			20848	.	20969	.	21063	24743	.	24834	.	24911
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg. Forderungen der Bankabteilung . . .	Mill. £	Mi	2146,7	2146,8	2146,7	2196,8	2196,8	2247,2	2247,2	2247,3	2247,2	2247,5	2247,5	2247,5	2297,5	2297,5
Einlagen	"	"	280,6	292,9	330,2	267,3	294,6	265,0	284,8	343,6	353,0	399,3	388,5	411,8	384,2	414,8
Bundes-Reserve-Banken in USA			316,5	318,6	338,3	304,4	312,7	321,9	337,9	379,0	371,1	415,9	408,6	418,7	421,6	428,2
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	54697	52905	52788	52793	54001	52465	51489	51559	51837	53361	53411	52109	52385	.
darunter: Goldzertifikate	"	"	18635	18561	18494	18485	18458	18121	18116	18116	18115	18112	18111	18094	18093	.
Regierungspapiere	"	"	25944	25919	26118	26344	26418	25713	25718	26037	26162	26155	25983	26219	26640	.
Einlagen insgesamt	"	"	19375	19421	19054	19432	19497	18698	18567	18575	18914	19222	19276	18734	19173	.
darunter: Regierungseinlagen	"	"	378	532	567	461	422	594	503	460	479	534	578	495	325	.
Zinssätze																
Tagesgeld in London	% p. a.	Sa	2 3/8-3 1/8	2 3/8-3 1/8	2 3/8-3 1/8	2 3/8-3 1/8	2 3/8-3 1/8	4 1/4-4 5/8	4 1/4-4 5/8	3 4/2	4 3/8-4 5/8	3 3/8-4 5/8	4 3/8-5 1/2	4 3/8-5 1/4	4 3/8-5 1/4	4 3/8-5 1/4
Handelswechsel, 3 Mon., London . . .	"	"	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	6 1/2-7	6 1/2-7	6 1/2-7	6 1/2-7
Effektenmarkt																
Kursdurchschnitte festverzinsl. Wertpapiere im Bundesgebiet u. in W-Berlin																
4 1/2% RM-Wertpapiere, auf DM 7)	vH	BSt	104,99	104,99	105,00	105,05	105,09	.	103,43	103,41	103,21	103,02	102,82	102,94	102,97	.
5 1/2% DM-Pfandbriefe 7)	"	"	112,52	112,52	112,51	112,59	112,68	.	111,91	111,85	111,65	111,22	111,27	111,24	111,18	.
5% DM-Komm.-Obligationen 7)	"	"	111,95	111,95	111,95	111,95	112,06	.	111,42	111,42	111,34	111,08	111,04	111,04	111,03	.
6% DM-Pfandbriefe 8)	"	"	102,35	102,35	102,30	102,30	102,25	.	95,18	95,03	94,83	94,13	94,18	93,83	93,20	.
8% DM-Industrieobligationen	"	"	104,16	104,16	104,25	104,35	104,35	.	104,89	104,79	104,33	104,04	103,71	103,43	103,36	.
Aktienindex, Westdeutschland 9)	31. Dez. 54 = 100	Fr	266,4	283,0	313,2	304,3	313,9	430,8	474,0	481,4	496,2	537,5	568,9	579,9	627,8	600,4
Aktienindex, Großbritannien 10)	1. 7. 1935 = 100	Fr	237,4	237,8	241,1	241,5	232,3	309,9	319,7	319,7	328,6	317,7	308,3	315,2	317,8	311,3
Aktienindex, USA 11)	\$ je Stück	Fr	629,8	639,3	654,8	663,6	657,1	625,2	624,8	629,0	654,9	650,9	647,0	641,3	646,9	630,2
Wechselkurse																
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	103,15	103,15	103,15	103,15	103,09	.	103,50	103,45	103,47	103,50	103,45	103,48	103,48	103,48
" " New York	\$ je 100 DM	"	23,84	23,84	23,84	23,84	23,84	.	23,89	23,89	23,89	23,89	23,89	23,89	23,89	23,89
" " Paris	frs. je DM	"	118,00	117,34	117,34	117,42	117,40	.	117,53	117,53	117,52	117,51	117,57	117,58	117,51	117,51
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	Fr	3,66	3,66	3,59	3,55	3,59	4,61	4,71	4,66	4,71	4,68	4,68	4,64	4,47	4,54
Weltrohstoffpreise																
<i>Indizes</i>																
Moody's Index	31. 12. 31 = 100	Fr	388,9	385,5	388,4	386,0	382,3	381,7	378,2	375,6	376,5	376,1	375,4	378,5	374,8	373,9
Reuter's Index	18. 9. 31 = 100	"	411,2	408,3	408,5	405,9	407,1	432,1	427,3	428,6	437,5	428,1	424,2	422,1	420,4	421,5
DIW-Index 12)	1938 = 100	Mi	289,7	289,7	283,0	287,5	286,0	289,7	289,5	288,0	286,6	286,5	285,9	283,2	282,8	283,0
dar. Nahrungsmittel und Genussmittel . . .	"	"	280,0	277,7	273,2	272,7	271,1	264,9	262,2	260,3	259,7	259,0	257,6	253,6	254,6	258,7
Textilrohstoffe	"	"	344,8	348,1	347,6	347,0	343,2	346,2	350,6	343,7	341,9	341,2	337,6	336,6	333,4	333,4
Metalle	"	"	258,6	258,8	257,6	255,3	256,0	267,8	265,8	265,4	265,6	266,6	267,4	265,6	266,5	271,6
<i>Preise</i>																
Weizen, hardw. II, loco, New York . . .	cts je 60 lbs	"	241,63	239,13	240,25	241,13	240,00	247,75	249,00	248,75	249,00	244,25	270,88	236,13	237,63	239,00
Kaffee, Santos 4, loco, New York . . .	cts je lb	"	36,50	36,50	36,50	37,00	38,00	38,00	37,75	37,00	37,50	37,50	36,50	37,00	36,75	36,75
Wolle, Kamms., Cr. 48's, loco, Bradford	d je lb	"	72,00	72,00	72,00	73,00	74,00	77,00	77,00	77,00	77					